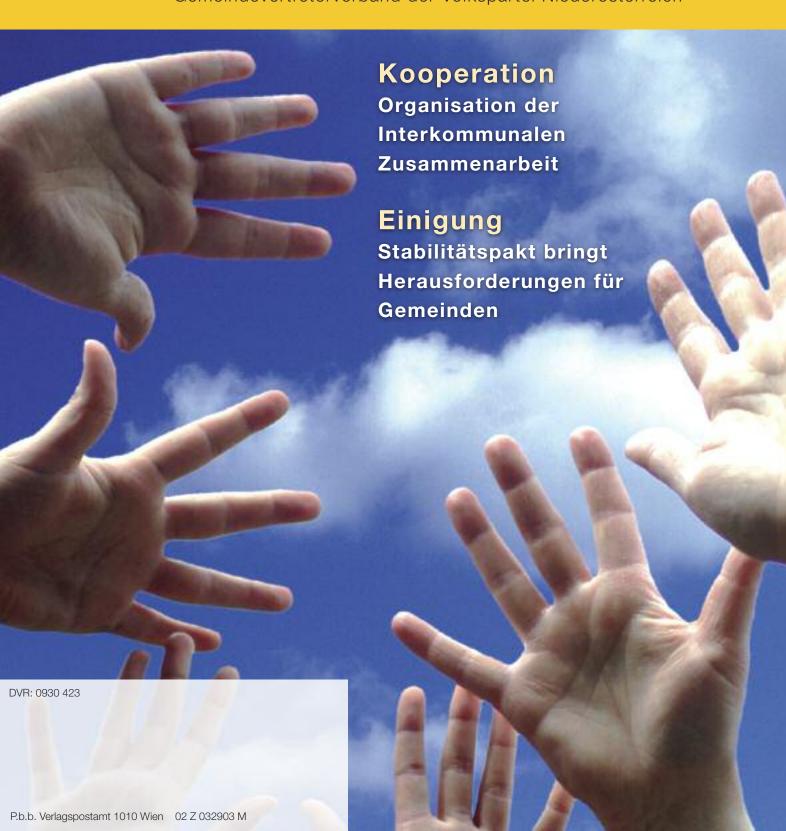


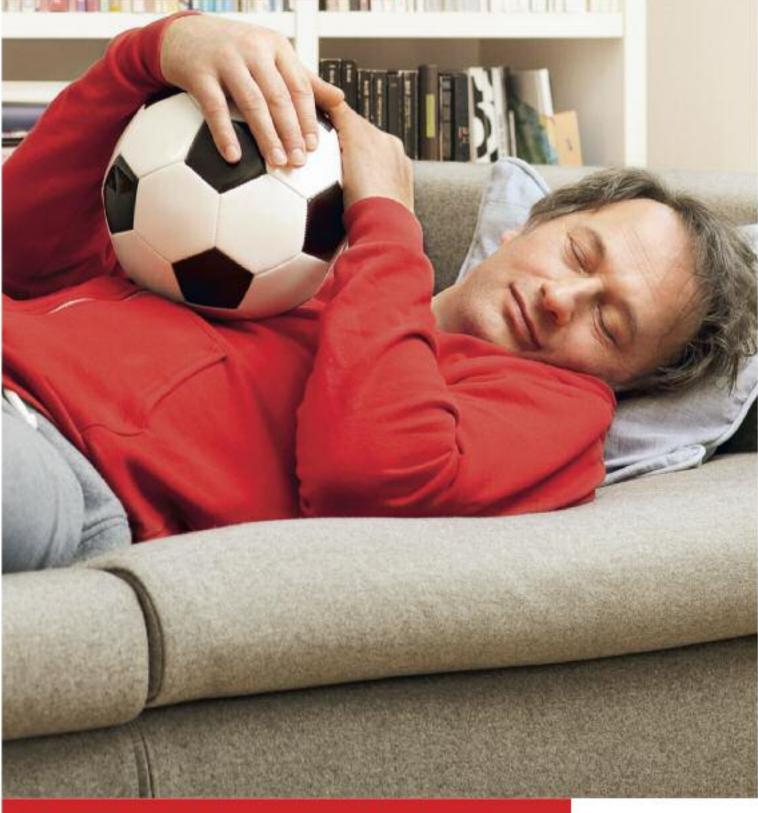
Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



Schlusspfiff für die alte Heizung.

Meine EVN macht's möglich.



Nach der Heiz-Saison ist vor der Heiz-Saison. Und gerade im Frühling ist der ideale Zeitpunkt, die alte Heizung auszuwechseln. Da die Wahl der richtigen Heizung eine langfristige Entscheidung ist, erstellt Ihr EVN Energieberater ein umfassendes Gesamtkonzept für Sie. Von der Planung bis zur Umsetzung. Alles zum HeizungsTausch erfahren Sie in einem persönlichen Beratungsgespräch, auf www.evn.at oder unter 0800 800 333.

Meine EVN macht's möglich.



Aus erster Hand

Aktuell im Juni

politik



Stabilitätspakt und Pflegefinanzierung bringen neue Herausforderungen

- **04** Gemeinden dürfen keine neuen Schulden machen
- **05** Pflegeversorgung und -finanzierung gesichert
- 06 Interview mit Ministerin Mikl-Leitner
- 10 Landesbudget bringt keine Belastungen

recht & verwaltung



Die Organisationsform entscheidet über den Erfolg von IKZ

- 11 Rechtstipps aus der Praxis
- **12** Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit
- **16** Vermietung von Grundstücken und Gebäuden durch Gemeinden

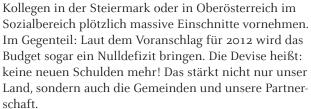
finanzen

18 Entwicklung der Ertragsanteile

Aktuelle Erfolge für die Gemeinden

Nach langen und harten Verhandlungen dürfen sich die

NÖ Gemeinden wieder über einen großen Erfolg freuen: Die Steigerunsraten für die Sozialhilfeumlage wurden deutlich gesenkt und bringen den NÖ Gemeinden eine Entlastung von 134 Mio. Euro. Möglich gemacht werden konnte dieses Ergebnis nicht zuletzt durch die solide Finanzpolitik des Landes. Im Vergleich zu anderen Bundesländern können wir in finanziell schwierigen Zeiten auf Ersparnisse zurückgreifen und müssen nicht wie unsere Kollegen in der Steiermark oder in Oberösterreic



Unterstützung wünschen wir uns aber auch auf Bundesebene. Hier fordern wir nicht nur eine rasche Umsetzung des beschlossenen Pflegefonds. Auch die Finanzierung der schulischen Nachmittagsbetreuung ist für uns nach wie vor unklar. Die Zusage des Bundes, 80 Millionen Euro dafür bereit zu stellen, ist zwar erfreulich, allerdings kennen wir weder Details, noch wissen wir, wann wir wirklich mit dem Geld rechnen dürfen.

Apropos Geld: Die derzeit kursierenden Meldungen betreffend Bedarfszuweisungen sind schlichtweg falsch. Erstens ist die Verteilung der BZ-Mittel auf VP- und SP-Gemeinden entsprechend der Anzahl der jeweiligen Gemeinden im Regierungsübereinkommen – das von SPÖ LH-Stv. Leitner verhandelt und unterschrieben wurde – paktiert. Zweitens werden die BZ-Mittel projektbezogen vergeben und deshalb nicht mit der Gießkanne verteilt. Und drittens sind die BZ-Mittel als solidarischer Ausgleich zwischen Gunst- und Ungunstlagen gedacht. Erst seit Leitner nicht mehr über das Geld für die SPÖ Gemeinden verfügen kann, gibt es Aufregung über die angeblich ungerechte Verteilung. Dabei steht den SPÖ-Gemeinden genau gleich viel Geld zur Verfügung, wie zuvor. Ich appelliere daher an die SPÖ, die Neiddebatten einzustellen und sich wieder den Sachthemen in unserem Land zuzuwenden. Die Gemeinden brauchen keinen Streit, sondern Unterstützung, Rat und Zusammenhalt. Und dafür werden wir Gemeindevertreter der VP NÖ immer eintreten.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

Präsident

Gemeinden dürfen keine neuen Schulden machen

Stabilitätspakt und Pflegefinanzierung bringen enorme Herausforderungen

m Zuge der Landeshauptleutekonferenz wurde der Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden unterzeichnet.

Pflegefinanzierung gesichert

Damit ist Finanzierung der Pflege bis 2014 gesichert, und den Gemeinden stehen 685 Millionen Euro für Pflegemaßnahmen zu Verfügung. Im Gegenzug müssen sie es schaffen, das Nulldefizit, das sie bis auf 2009 immer einhalten konnten, wieder zu erreichen. Der Pflegefonds wird nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs gespeist, womit der Bund zwei Drittel, die Länder und Gemeinden ein Drittel beisteuern müssen. Damit werden die erwarteten Steigerungen in der Finanzierung der Pflege abgefangen. Für das Jahr 2011 stehen damit zusätzliche 100 Millionen Euro zur Verfügung, 2012 150 Millionen, 2013 200 Millionen und 2014 schließlich 235 Millionen Euro.

Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer zeigt sich zufrieden: "Nach beinahe zehn Jahre andauernden Verhandlungen wurde mit der Unterschrift vorerst eine lange Geschichte beendet. Wir haben erreicht, dass die Kosten der Pflege nun einigermaßen gleich verteilt sind und die Betreuungsqualität ihren





Gemeindebund und GVV urgieren Details zur Finanzierung der Nachmittagsbetreuung, für die im Budgetrahmen in den nächsten drei Jahren jährlich 80 Millionen Euro vorgesehen sind.

hohen Standard beibehält." Er wies außerdem darauf hin, dass die Stabilität der Finanzen, die Sicherung der Pflege bis 2014 und eine Verwaltungsvereinfachung dadurch, dass nur mehr eine Stelle das Pflegegeld ausbezahlt, geschafft wurde. Für die Zeit nach 2014 muss nun ein neues Finanzierungsmodell für die Pflege gefunden werden.

Nulldefizit wird Kraftakt

Obwohl mit der Unterschrift Mödlhammers zugesichert wurde, dass Bund und Länder die Gemeinden künftig nicht mit neuen Aufgaben und deren Finanzierung belasten dürfen, wird die Einhaltung des Nulldefizits ein gewaltiger Kraftakt: "Die Gemeinden müssen mit einem großen Investitionsstau fertig werden und haben andererseits neue Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung."

In diesem Zusammenhang urgiert GVV-Präsident Alfred Riedl Details zur Finanzierung der Nachmittagsbetreuung, für die im Budgetrahmen in den nächsten drei Jahren jährlich 80 Millionen Euro vorgesehen sind. Er forderte eine unkomplizierte Auszahlung an die Betreuungseinrichtungen und dass die 80 Millionen Euro im Jahr 2014 nicht auslaufen, sondern in den Finanzaugleich übergeführt werden.

Der Bund soll in den Jahren des Stabilitätspakts, also bis 2014, folgenden Defizitpfad erfüllen: 2011 minus 3,1 Prozent, 2012 2,7, 2013 2,4 und 2014 1,9 Prozent des BIP. Für die Länder ist unverändert heuer ein maximales Defizit von 0,75 des BIP vorgesehen, 2012 dann von 0,6 Prozent und 2013 und 2014 jeweils von 0,5 Prozent.

Die Gemeinden sollen jedes Jahr ausgeglichen bilanzieren. Obwohl sich an der Berechnungsmethode der Maastricht-Kriterien durch Eurostat einiges geändert hat, bleibt für die Gemeinden alles beim Alten.

Pflegeversorgung und -finanzierung gesichert

Schwarz und Riedl: Land und Gemeinden setzen partnerschaftlichen Weg fort

nlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz stellen Sozial-Landesrätin Barbara Schwarz und GVV-Präsident Alfred Riedl klar: "Wir können in Niederösterreich auch in Zukunft allen unseren älteren Mitmenschen maßgeschneiderte und auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Pflegeangebote garantieren. Mit den Mitteln aus dem Pflegefonds können wir in den nächsten Monaten mit voller Kraft unseren Weg in Richtung Sozialer Modellregion fortsetzen."

"Ich bin froh, dass mit den nun zur Verfügung stehenden Mitteln unser qualitativ hochwertiges mobiles und stationäres Angebot für pflegebedürftige Personen auch in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden kann", erklärt Schwarz. Bis 2015 werden 880 neue Pflegebetten werden geschaffen. Durch den Ausbau der Sozialmedizinischen Dienste werden in Niederösterreich in Zukunft 700 Menschen mehr pro Jahr betreut werden können. Darüber hinaus werden Angebote wie Kurzzeit- und Übergangspflege, Tagespflege und betreutes Wohnen weiter ausgebaut. "Mit diesem Mix an Angeboten kommen wir auch dem Wunsch unserer



GVV-Präsident Alfred Riedl und Landesrätin Barbara Schwarz: Niederösterreich wird auch in den kommenden Jahren flächendeckend Pflege auf höchstem Niveau anbieten.

älteren Mitmenschen nach, dass sie so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bestens versorgt alt werden wollen", so Schwarz.

Riedl freut sich, dass mit der Einführung des Pflegefonds und mit der damit verbundenen Beteiligung des Bundes eine langjährige Forderung Niederösterreichs umgesetzt wurde. Für die Jahre 2011 bis 2014 stehen Land und

Gemeinden gemeinsam rund 137 Millionen Euro für den Ausbau unserer Pflegeangebote zur Verfügung, und damit erreichen wir endlich die dringend notwendige Entlastung der Länder und Gemeinden, die bis jetzt die ständig wachsenden Herausforderungen in der Pflegefinanzierung alleine tragen mussten. Die enormen Kostensteigerungen können damit abgefedert werden."



STRABAG AG, Kanaltechnik, Wiener Straße 24, 3382 Loosdorf Tel. +43 2754 6355, Fax +43 2754 6355-703, www.kanaltechnik.at STRABAG

"Aufs Engste mit den Gemeinden kooperieren

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Interview

Als Innenministerin sind Sie auch Gemeindeministerin. Was bedeutet für Sie der Begriff "Gemeinde"?

Die Gemeinde ist die wichtigste Einheit des Staates, weil sie direkt am Puls der Bürgerinnen und Bürger ist und ihre wichtigste Ansprechstelle darstellt

Welche Erfahrungen nehmen Sie aus der Landes- in die Bundespolitik mit?

In der Landespolitik lernt man mit verschiedensten Gruppe zusammen zu arbeiten – gerade eben auch mit Gemeinden. Man bekommt ein Gefühl dafür, welche Probleme den Menschen unter den Nägeln brennen.

Ich möchte weiterhin aufs Engste mit den Gemeinden kooperieren. Wichtig ist mir dabei vor allem der Sicherheitsbereich, wo die Polizei sowohl in bewährter Weise eng mit den Bürgermeistern, als auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeitet.



"Wir müssen es schaffen, auch weiterhin junge Menschen dazu zu bewegen, sich ehrenamtlich zu engagieren."

In der Bevölkerung hat man vielfach das Gefühl, dass sich die Sicherheitslage verschlechtert hat. Man denke nur an die Bankomatsprengungen in der letzten Zeit. Wie kann eine Gemeinde die Sicherheit im Ort erhöhen?

Dass Bankomaten gesprengt werden, kann man nicht nur in Österreich feststellen, sondern das ist offenbar ein internationaler Trend. Die Sicherheitslage in Österreich ist immer noch hervorragend. Östereich ist eines der sichersten Länder der Welt. Das bestätigen auch die aktuellen Kriminalitätsstatistiken. So hat sich etwa die Aufklärungsrate um fünf Prozent verbessert.

Wie kann man aber das Sicherheitsgefühl der Menschen verbessern?

Die Suche nach Sicherheit ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Für das Wohlbefinden des Einzelnen ist es daher enorm wichtig, dieses subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Daher müssen wir mehr Polizei auf die Straße bringen. Im Regierungsprogramm ist festgelegt, dass es bis zum Jahr 2013 tausend zusätzliche Polizistinnen und Polizisten geben soll, das sind 200 pro Jahr.

In zahlreichen Gemeinden ist zunehmend Jugendkriminalität spürbar. Im Kampf gegen Vandalen und Unruhestifter reagieren immer mehr Gemeinden mit Videoüberwachung und Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen. Halten Sie das für gut?

Wichtig ist, die Arbeit der Polizei mit den Maßnahmen, die vor Ort von der Gemeinde ergriffen werden, abzustimmen. Die Kommunen sind ja in der Jugendarbeit sehr aktiv. In vielen Orten gibt es Jugendheime und Streetworker, die sich in der Lebenswelt der Jugendlichen auskennen. Solche Institutionen und Menschen sind wichtig, um die Jugendlichen dort abzuholen wo sie sind und so zu verhindern, dass sie kriminell werden.

Die meisten Einbrüche in Österreich werden von Banden begangen. Und es zeigt sich, dass diese sich durch Sicherheitsmaßnahmen abschrecken lassen ...

Gerade im Bereich der Einbruchsprävention ist die Zusammenarbeit von Gemeinden und örtlicher Polizei enorm wichtig. Im Rahmen der Wohnbauförderung gibt es ja auch zahlreiche Förderungen für Sicherheitsmaßnahmen wie Sicherheitsschlösser oder Alarmanlagen. Diese Investitionen in die Sicherheit halte ich für enorm wichtia.

Das BZÖ hat kürzlich die Zusammenlegung kleiner Gemeinden gefordert. Halten Sie das für sinnvoll?

Wer Österreichs Gemeinden kennt, der weiß, wie gut diese von den Bürgermeistern geführt werden. Österreich ist ein Flächenland, und es gibt viele kleine Gemeinden, die oft 20 Kilometer voneinander entfernt sind. Um bei den Menschen und ihren Problemen zu sein, muss der Bürgermeister direkt vor Ort sein. Ich halte es daher für keine gute Lösung, Gemeinden zusammen zu legen. Potenzial gibt es sicher noch im der Kooperationen Bereich Gemeinden, etwa im Wirtschaftsbereich, beim Umweltschutz der Kinderbetreuung oder bei der Pflege.

Wie kann man die interkommunale Zusammenarbeit fördern?

Dafür bietet sich das Förderinstrumentarium ideal an.



,Wer Österreichs Gemeinden kennt, der weiß, wie gut diese von den Bürgermeistern geführt werden."

Ein wichtiges Thema für Gemeinden ist die Verkehrssicherheit. Sollen Gemeinden Radarüberwachungen durchführen dürfen?

Dieses Thema wird ja bereits seit Jahren diskutiert. Dort, wo eine Radarüberwachung zu mehr Verkehrssicherheit führt, sollen Gemeinden die Möglichkeit haben, die Geschwindigkeit zu kontrollieren. Schikanen gegenüber der Bevölkerung sind aber abzulehnen. Für die Radarüberwachung der Gemeinden bedarf es einer Novelle der Straßenverkehrsordnung, weil geklärt werden muss, wer die Verwaltungskosten tragen muss. Es soll nicht so sein, dass Gemeinden Radargeräte aufstellen, aber dass die Kosten die Bezirkshauptmannschaft tragen muss. Die Länder haben vorgeschlagen, dass 20 Prozent der Einnahmen direkt an die Bezirkshauptmannschaften gehen. Für die dazu nötige Änderung der StVO ist das Verkehrsministerium zuständig.

Mit Sebastian Kurz gibt es erstmals einen Staatssekretär für Integration. Welche Rolle spielen die Gemeinden, wenn es darum geht, das Zusammenleben von Inländern **Menschen mit Migrationshintergrund** verbessern?

Der Schlüssel zur Integration liegt gerade in den Gemeinden. Denn Integration kann nicht von oben nach unten verordnet werden, sondern muss von unten nach oben getragen werden. In vielen Städten und Gemeinden Österreichs gibt es Best-practice-Beispiele, die genau analysiert werden müssen, um daraus zu lernen. Ich halte es für sinnvoll, in Gemeinden mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund Leitbilder zu entwikkeln, wie das bereits in vielen Kommunen gemacht wurde.

Wir haben derzeit das europäische Jahr der Freiwilligen. Sie sind auch für das Vereinswesen zuständig. Wie kann man die Motivation der Freiwilligen aufrecht erhalten bzw. verbessern?

Österreich kann stolz darauf sein, dass es ein Land der Freiwilligen ist. Vor allem im heurigen Jahr der Freiwilligen wollen wir diese Menschen vor den Vorhang bitten, um ihre Leistungen zu würdigen, denn sie sind eine tragende Säule der Gesellschaft. Und wir müssen es schaffen, auch weiterhin junge Menschen dazu zu bewegen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Das bedarf gemeinsamer Überlegungen. Im Innenministerium wurde bereits eine Informationshotline eingerichtet, die als erste Ansprechstelle für Menschen, die in einem Verein aktiv sein wollen, dienen soll. Dort werden alle Fragen über Rechte und Pflichten von Vereinen beantwortet. Das Innenministerium ist traditionell ein wichtiger Partner der Vereine. Wir sind ja auch die Blaulichtorganisationen und den Katastrophenschutz zuständig und arbeiten in diesem Bereich eng mit Freiwilligenorganisationen, wie etwa den Freiwilligen Feuerwehren oder dem Roten Kreuz, zusammen.

Die Entwicklung des Zivilschutzes hängt eng mit der weiteren Entwicklung des Bundesheeres zusammen. Kann man schon sagen, in welche Richtung sich der Zivilschutz entwikkeln wird oder muss man darauf warten, wie sich die Wehrpflichtdebatte entwickelt?

Neben der Polizei sind auch Freiwilligenorganisationen wie eben das Rote Kreuz und die Freiwilligen Feuerwehren tragende Säulen der Sicherheit und des Zivilschutzes. Daher ist uns viel daran gelegen, diese in ihren Bemühungen um ehrenamtliche Mitarbeiter zu unterstützen. Aus Umfragen weiß man, dass 60 Prozent der Menschen, die nicht bei einer Freiwilligenorganisation mitarbeiten, bereit wären sich zu engagieren, wenn man sie fragen würde. Die Vereine müssen dieses Potenzial nur abrufen.

Das Interview führten Mag. Michael Zimper und Mag. Helmut Reindl



Der Präsident des IST Austria, Prof. Thomas Henzinger, Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle, Landeshauptmann Erwin Pröll und der Kuratoriumsvorsitzende Claus Raidl (von links) sind stolz auf den Evaluierungsbericht und wollen das IST Austria dauerhaft in der internationalen Spitzenliga der Grundlagenforschung weltweit etablieren.

LH Pröll: "Ein Modellprojekt für die Spitzenforschung"

Exzellenter Evaluierungsbericht für das IST Austria

in international zusammenge-**◀** setztes Komitee führender Wissenschafterinnen und Wissenschafter hat im Jänner 2011 die vergangenen vier Jahre in der Entwicklung des IST Austria evaluiert. Das Ergebnis: Das Komitee lobt die Gründung von IST Austria als "zukunftsweisendes Konzept". Es attestiert dem jungen Institut einen bemerkenswert schnellen und außerordentlich erfolgreichen Start und es sei gelungen, eine beeindruckende Gruppe von fast 20 Professorinnen und Professoren für sich zu gewinnen. "Diese Gruppe wäre der Stolz jeder Spitzenuniversität weltweit", heißt es im Evaluierungsbe-

Das seien einerseits eine "Zeugnisverteilung" und andererseits eine "Richtschnur" für die kommenden Jahre, betont Landeshauptmann Erwin Pröll in einer Stellungnahme.

Weitere Planungen am Standort IST Austria

Die "Zeugnisverteilung" zeige, dass sich "dieser Standort als äußerst zukunftsträchtig" herausgestellt habe, so Pröll: "Vorbereitung, Planung und Ausführung wurden ausgezeichnet abgewickelt." Das Land Niederösterreich habe insgesamt 131 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, informiert der Landeshauptmann. 2012 werde das zweite Laborgebäude fertig gestellt, die weitere Planung sieht auch ein drittes Laborgebäude vor.

Geplant sei auch ein Betriebsgebiet für "spin-offs". So werde auf einem zwei Hektar großen Grundstück vis-a-vis des Campus ein gemeinsames Betriebsgebiet entwickelt, berichtet Pröll: "Dieses Betriebsgebiet wird eine Kapazität von rund 400 Arbeitsplätzen haben."

Land setzt auf Forschung und Wissenschaft

Mit dem IST Austria sei "ein Modellprojekt für die Spitzenforschung" entwickelt worden, bilanzierte der Landeshauptmann.

Für das Land Niederösterreich seien Wissenschaft und Forschung "ein ganz wesentlicher Schwerpunkt", man habe in den vergangenen Jahren insgesamt 300 Millionen Euro in diesem Bereich investiert, in den nächsten Jahren seien weitere 400 Millionen Euro vorgesehen, ці

KOMMREAL

Das Ausgliederungsmodell von Raiffeisen für Gemeindeimmobilien

Stetig steigende, immer komplexer werdende Anforderungen bei gleichzeitig immer knapper werdenden Budgets – mit dieser Situation sind leider viele Gemeinden heutzutage konfrontiert. Um dennoch alle Aufgaben bewältigen zu können, gilt es, den Gemeinden zeitgemäße und innovative Produkte anzubieten.

KommReal ist das Ausgliederungsmodell von Raiffeisen für Gemeindeimmobilien:

Die Immobilien der Gemeinde werden in eine Projektgesellschaft ausgelagert. In Frage kommen verschiedenste Arten von Immobilien – vom Gemeindeamt über Wohnhäuser bis hin zu Schulgebäuden. Die Gesellschafteranteile der Gemeinde betragen 80 Prozent oder mehr, sodass der herrschende Einfluss der Gemeinde auch weiterhin gewährleistet ist.

Verträge werden übernommen

In weiterer Folge werden die von der Gemeinde genutzten Objekte angemietet. Vertragsverhältnisse die seitens der Gemeinde mit Dritten (z. B. Mietwohnungen) abgeschlossen wurden,

Ihre Vorteile

- Bleibender Einfluss der Gemeinde
- Schaffung budgetwirksamerEinnahmen
- Strategische Partnerschaft mit Immobilienexperten
- Steuerersparnis bei Investitionen durch Vorsteuerabzugsberechtigung
- Steuer- und Gebührenminimierung
- Aufdeckung stiller Reserven
- Kostenreduktion und -transparenz
- Bilanzgewinn erhält zu 100
 Prozent die Gemeinde



Für das Ausgliederungsmodell KOMMREAL kommen verschiedenste Arten von Immobilien in Frage – vom Gemeindeamt über Wohnhäuser bis hin zu Schulgebäuden. Im Bild: Das Amtshaus in Michelhausen.

bleiben natürlich bestehen und werden von der Gesellschaft übernommen. Im Gegensatz zur Gemeinde selbst besteht für die gemeindeeigene Immobiliengesellschaft zur Gänze der Vorsteuerabzug, also auch für Schulen, Gemeindeämter, Musikschulen, Feuerwehrhäuser, Bauhöfe etc.

Ziel ist es, die Immobilien nicht nur steueroptimiert zu verwalten, sondern deren Wert durch professionelle Bewirtschaftung nachhaltig zu steigern.

Ziel ist es jedoch, die Immobilien nicht nur steueroptimiert zu verwalten, sondern deren Wert durch professionelle Bewirtschaftung nachhaltig zu steigern.

Die Zusammenarbeit mit Raiffeisen bedeutet für die Gemeinde Kostenreduktion und Transparenz. Den Gewinn erhält zur Gänze die Gemeinde. Ankäufe, Verkäufe von nicht mehr notwendigen Immobilien, Sanierungen und Neuerrichtungen können künftig über die Gesellschaft abgewickelt werden.

Informationen

Informationen erhalten Sie bei Ihrer örtlichen Raiffeisenbank oder bei

Raiffeisen-Leasing GmbH eva.balcar@rl.co.at bzw. michael.schreiber@rl.co.at o1/716 01-8035 bzw.01/716 01-8067

Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG Mag. Carolina Emsenhuber bzw. Christian Pelzmann office.kui@raiffeisenbank.at 051700/92944

NÖ Veranlagung ermöglicht finanziellen Spielraum

Budget: Keine Belastungen für Niederösterreicher wie in anderen Bundesländern

-ieder einmal hat sich die Richtigkeit der Veranlagung der NÖ Wohnbaugelder bestätigt. Denn dadurch haben wir uns einen finanziellen Spielraum erwirtschaftet, den wir verwenden können. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern schaffen wir damit den Spagat, dass einerseits der Weg der Budgetkonsolidierung fortgesetzt werden kann, andererseits keine Belastungen auf die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zukommen. Hier zeigt sich die Handschrift der vorausschau enden und soliden Finanzpolitik von Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka", erklärte VP-Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger anlässlich der Budgetklausur des VP-Landtagsklubs in Amstetten.

"Hat die Veranlagung in der Zeit der Wirtschaftskrise dafür gesorgt, dass wir rasch auf die wirtschaftlichen Herausforderungen reagieren konnten,

Budget 2012

Das Budget 2012 sieht Ausgaben in Höhe von 7,575 Milliarden Euro, und Einnahmen in Höhe von 7,725 Milliarden Euro vor. Der im Budgetfahrplan vorgesehene Nettoabgang in Höhe von 241,8 Mio. Euro wird durch eine Einnahme aus der Veranlagung bedeckt. Zusätzlich werden aus der Veranlagung zur Reduktion der finanziellen Verbindlichkeiten 150 Mio. Euro an das Budget überwiesen. Wie schon in den Vorjahren ist der größte Brocken des Budgets 2012 für Soziales und Gesundheit vorgesehen. Rund 50 Prozent der Ausgaben fließen in diesen Bereich. so unterstützt sie uns nun auf dem Weg der Budgetkonsolidierung. Der jetzige Zeitpunkt ist wohl bedacht und es gibt Gründe, die dafür sprechen, jetzt auf die veranlagten Wohnbaugelder zurück zu greifen", so Schneeberger. Vor allem die Zinsentwicklung hat laut dem VP-Klubobmann diesen Entschluss bestärkt: "Jeder Häuslbauer weiß: steigen die Kreditzinsen, dann bedeutet das eine zusätzliche Belastung für das Budget. Darum ist es besser auf die vorhandenen, eigenen Rücklagen zu setzen." Diesen Spielraum habe man ja im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die schon in der Vergangenheit mit den Erträgen aus den Wohnbaugeldern Schulden getilgt hätten bzw. sie laufend 1:1 ins Budget überführten. "Diese Länder müssen nun hart an der Sparschraube drehen und schmerzhafte budgetäre Maßnahmen setzen. Dort gehen die Bürger auf die Straße und wehren sich dagegen. Durch die NÖ Veranlagung bleiben solche harten Schritte den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern erspart", stellt Schneeberger fest.

Jeder Niederösterreicher hat 2.300 Euro "Guthaben"

Obwohl äußere Faktoren wie die Wirtschaftskrise die vergangenen Budgets belastet haben, habe Niederösterreich seine finanziellen Hausaufgaben gemacht. Klubobmann Schneeberger: "Während jetzt andere Bundesländer mit Einsparungen in der Hoheitsverwaltung beginnen, ist bei uns die Zahl der Bediensteten in diesem Bereich seit 2001 um 550 zurückgegangen. Außerdem haben wir auch schon mit einer Verwaltungsreform im Bereich der Spitäler begonnen. Durch den Zentraleneinkauf haben wir uns in den vergan-



Klubobmann Klaus Schneeberger: "Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern schaffen wir den Spagat, dass einerseits der Weg der Budgetkonsolidierung fortgesetzt werden kann, andererseits keine Belastungen auf die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zukommen."

genen fünf Jahren 82,4 Millionen Euro erspart. Hier agierte die niederösterreichische Landespolitik vorausschauend." In diesem Zusammenhang erinnert Schneeberger, dass jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher – vom Baby bis zum Greis – ein Guthaben auf dem "NÖ Sparbuch" von 2.300 Euro hat. "Denn Schulden von rund 3,9 Milliarden Euro stehen die Veranlagung und vergebene Darlehen in der Höhe von 7,5 Milliarden Euro gegenüber", rechnet Klubobmann Schneeberger vor.

Ein Klinikum der Zukunft entsteht

Gesamtausbau Landesklinikum St. Pölten

as Land Niederösterreich investiert rund 510 Millionen Euro in den Ausbau und die Modernisierung des Landesklinikums St. Pölten. Mit der Fertigstellung im Jahr 2020 wird ein Vorzeigeklinikum auf modernstem Stand der Technik entstanden sein.

"Niederösterreich investiert in der größten Modernisierungsoffensive der Kliniken mehr als zwei Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren. Denn Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen, das es zu erhalten gilt. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Bevölkerung bewusst und werden mit Medizin auf höchstem Stand der Wissenschaft auch weiterhin die optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten gewährleisten", betont Wolfgang Sobotka, Landeshauptmann-Stellvertreter.

"Bei allen Baumaßnahmen – beginnend mit der Planung - wurde besonders auf die optimale Nutzung der bereits vorhandenen Ressourcen geachtet, um die zur Verfügung gestellten Mittel so effizient wie möglich zu nutzen und die Investitionen wirkungsvoll einzusetzen. Großen Wert haben wir dabei vor allem auf die optimale Einbindung der bereits bestehenden Gebäudeteile von Haus A gelegt", erklärt Dipl. KH-BW Helmut Krenn, Kaufmännischer Geschäftsführer der NÖ Landeskliniken-Holding.

Als abschließende Maßnahmen am Standort St. Pölten folgen der Neubau eines Funktions- und Bettentraktes mit einem Chirurgie- und Kopfzentrum, einem Diagnosezentrum und einem Gesundheitszentrum sowie der Umbau von Haus A.



Bernhard Kadlec, Kaufmännischer Direktor im Landesklinikum St. Pölten-Lilienfeld, Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka und Helmut Krenn, Kaufmännischer Geschäftsführer der NÖ Landeskliniken-Holding

Rechtstipps aus der Praxis

Anfütterungsverbot für Beamte und Amtsträger

Das sogenannte "Anfütterungsverbot" ist im § 306 des Strafgesetzbuches (StGB) geregelt. Die Legaldefinition dieser in der Öffentlichkeit wiederholt diskutierten Bestimmung lautet "Vorbereitung der Bestechlichkeit oder der Vorteilsannahme".

Unter Strafe gestellt wird das Fordern, Annehmen und Sich-versprechenlassen eines Vorteiles, sofern dies mit dem Vorsatz geschieht, ein künftiges pflichtwidriges Geschäft anzubahnen. Die Strafdrohung beträgt bis zu zwei Jahren. Übersteigt die Wertqualifikation mehr als 3.000 Euro erhöht sich die Strafdrohung auf bis zu drei Jahre; dann, wenn die Wertqualifikation 50.000 Euro übersteigt, beträgt die Strafdrohung mindestens sechs Monate bis zu fünf Jahre (Wertqualifikation bedeutet den mit dem künftigen pflichtwidrigen Geschäft für den Anbahnenden verbundenen Vorteil). Betroffen sein kann nur ein Beamter, respektive ein Amtsträger. Bei Gemeindefunktionären handelt es sich um typische Beamte/Amtsträger.

Denkbar ist auch, dass jemand für die Anbahnung eines pflichtgemäßen Geschäftes etwas fordert, annimmt oder sich versprechen lässt. Dies ist allerdings für den Beamten/Amtsträger nur dann strafbar, wenn er selbst den Vorteil fordert. Zu bedenken ist, dass es Ausnahmen in dienst- oder organisationsrechtlicher Hinsicht gibt, dies in Bezug auf geringfügige Zuwendungen.

In der Praxis führt die strafrechtliche Einordnung eines Verhaltens in Bezug auf § 306 StGB zu Beweisschwierigkeiten; zusätzlich ist auch zu bedenken, dass es schwierig ist,
Nistelberger gewisse zwischen-



menschliche Übungen, wie Sie über Jahrzehnte gepflogen werden, in § 306 StGB einzuordnen, weil die Bestimmung relativ neu ist (eingeführt durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2008, geändert durch das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009). Es lässt sich daher noch keine eindeutige Linie in der Rechtspraxis erkennen, weil soweit überblickbar – noch keine aussagekräftige Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes dazu ergangen ist.

Dr. Franz Nistelberger ist Verbandsanwalt des Gemeindevertreterverbandes der VPNÖ

Die **Organisationsform** entscheidet über den Erfolg

Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)

von Mag. Elmar Rodler

er Bundesrat hat eine Initiative vorgestellt, mittels der die Zusammenarbeit von Gemeinden erleichtert werden soll. Das neue Modell soll auch Kooperationen in der hoheitlichen Verwaltung ermöglichen. Weiters soll erlaubt werden, dass Gemeinden über Bezirks- und Landesgrenzen hinweg zusammenarbeiten. Das spießte sich bisher unter anderem wegen der Frage, wer dann Aufsichtsbehörde ist. Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer zeigte sich über diese Initiative sehr erfreut. Er warnt aber zugleich vor zu großen Erwartungen über mögliche Einspareffekte. "Wer glaubt, dass mit diesen Maßnahmen künftig hunderte Millionen Euro eingespart werden können, der irrt." Insgesamt, rechnete Mödlhammer vor, arbeiten nur rund 15.000 der insgesamt 75.000 Gemeindemitarbeiter in der Verwaltung.

Der Student Elmar Rödler hat in einer Diplomarbeit die derzeit bestehenden Möglichkeiten für Gemeindekooperationen untersucht.

emeindeübergreifendes Kooperieren soll helfen, Auslastungsgrade zu erhöhen, Leerkapazitäten zu vermeiden, Engpässe zu reduzieren, Leistungen zu verbessern, Größenvorteile zu nutzen und Kosten zu senken. Ein weiterer spezifischer Kooperationsvorteil ist der Abbau der Erpressbarkeit einzelner Gemeinden, da sie von standortsuchenden Unternehmen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Nicht selten fehlen den Gemeinden auch die notwendigen finanziellen Mittel und das Know-how zur Aufbereitung und

Vermarktung von Betriebsflächen. Die Praxis verdeutlicht, dass es meist mehrere Gründe hat, wenn Gemeinden zusammenarbeiten.

Durch eine Bündelung der Kräfte soll es einerseits den Gemeinden auch in Zukunft möglich sein, ihre Aufgaben bestmöglich und bürgernah auszufüllen und andererseits Projekte voranzutreiben, die sie als einzelne Gemeinde nicht bewältigen hätten können. Vereinfacht formuliert soll durch kooperatives Handeln der Kommunen, bessere Leistung bei reduzierten Kosten erbracht werden.

Das Konzept der interkommunalen Zusammenarbeit ist zwar nicht neu, vielmehr ist es schon seit Jahrhunderten in manchen Bereichen gängige Praxis, jedoch hat sich die Aufgabenpalette die mittels IKZ bewältigt wird in den letzten Jahren vervielfacht. Tourismus, Abfallbeseitigung, Schulwesen, Wasserentsorgung oder Regionalentwicklung sind nur einige Bereiche, in denen Gemeinden bereits erfolgreich kooperieren.

Arten der Aufgabenerfüllung

Die Aufgabenerfüllung innerhalb der Kooperation kann auf drei verschiedene Arten erfolgen:

- Eine Gemeinde alleine erfüllt eine

- oder mehrere Aufgaben für mindestens zwei Gemeinden (Sitzgemeindemodell).
- Mehrere Gemeinden zusammen erfüllen eine oder mehrere Aufgaben für mindestens zwei Gemeinden (Zusammenarbeit im engeren Sinn).
- Eine dritte juristische Person erfüllt eine oder mehrere Aufgaben für mindestens zwei Gemeinden.

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg von IKZ ist die passende Wahl der Organisationsform. Es ist wichtig, jene Organisationsform zu wählen, die die gewollte Leistung zu einer angemessenen Qualität gewährleistet, eine bürgernahe Leistungserstellung ermöglicht und die geringsten Transaktionskosten verursacht.

Nicht-vertragliche Bindungen

Als nicht-vertragliche Bindungen gelten alle informellen Kooperationen. Diese stützen sich nicht auf ein formal angefertigtes Regelwerk und verursachen dadurch den geringsten Verwaltungsaufwand. Außerdem wird die Eigenständigkeit der Gemeinden gewahrt. Inhalt und Intensität der Kooperation entwickeln und verändern sich je nach Notwendigkeit und Interessen der Beteiligten. Häufig sind kleinere, informelle

Häufigste Organisationsformen von Kooperationen

Informale Kooperationen	Formale Kooperationen			
Nicht-vertragliche Bindungen	Vertragliche Bindungen	Institutionalisie Bindungen	lisierte	
	privatrechtlich		öffentlich-rechtlich	
Erfahrungsaustausch	Privatrechtliche	Genossenschaft	Gemeindeverband	
Expertenrunde	Vereinbarung	GmbH	Verwaltungs-	
Interessensgemeinschaft	Ü	Verein	gemeinschaft	
Konferenz u.v.m.				



Durch eine Bündelung der Kräfte soll es einerseits den Gemeinden auch in Zukunft möglich sein ihre Aufgaben bestmöglich und bürgernah auszufüllen und andererseits Projekte voranzutreiben, die sie als einzelne Gemeinde nicht bewältigen hätten können.

Projekte Impulsgeber für größere, formalisierte Kooperationen.

Vertragliche Bindungen

Der Gemeinde steht es als selbständiger Wirtschaftskörper frei, privatrechtliche Verträge (vertragliche Bindungen) abzuschließen. Relativ unkompliziert können so Vereinbarung über IKZ getroffen werden. Es wird vertraglich festgelegt, welche Leistungen von welchem Kooperationspartner zu welchem Preis und in welcher Qualität erbracht werden müssen. Es entsteht keine eigene Rechtspersönlichkeit. Durch den Vertrag wird lediglich eine Aufgabe an eine Verwaltungs- oder Organisationseinheit delegiert. Die Vorteile sind der hohe Grad an Flexibilität bei der Ausgestaltung der Verträge und der Aufgabenübertragung und die verhältnismäßig geringen Kosten. Als nachteilig hat sich erwiesen, dass eine längerfristige Aufgabenerfüllung aufgrund der in der Regel unkomplizierten Kündbarkeit privatrechtlicher Verträge nicht garantiert werden kann. Desweiteren besteht keine Haftungsbeschränkung für die Gemeinde, wenn sie privatrechtliche Vereinbarungen eingeht.

Gemeindeverbände

Gemeindeverbände sind die häufigste Form interkommunaler Kooperation und finden Großteils im Bereich der Daseinsvorsorge Anwendung, besonders in der Abwasser- und Wasserversorgung. Laut § 116a Abs. 4 B-VG regeln Landesgesetze die Organisation der Gemeindeverbände. Als Organe sind "jedenfalls eine Verbandsversammlung, die aus gewählten Vertretern aller verbandsangehörigen Gemeinden zu bestehen hat", sowie ein Verbandsobmann vorzusehen. Der Gemeindeverband gilt als Körperschaft öffentlichen

Rechts und tritt bei der an ihn übertragenen Aufgaben an die Stelle der Mitgliedsgemeinden.

Als Vorteile des Gemeindeverbandes können angeführt werden, dass diese Kooperationsform verfassungsgesetzlich geregelt ist, dass sowohl hoheitliche wie auch privatwirtschaftliche Aufgaben ausgeführt werden können, dass alle Kooperationsgemeinden in der Ver-



Mag. Elmar Rodler schrieb eine Diplomarbeit über Interkommunale Zusammenarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien



Gemeindeverbände sind die häufigste Form interkommunaler Kooperation und finden Großteils im Bereich der Daseinsvorsorge Anwendung, besonders in der Abwasser- und Wasserversorgung.

bandsversammlung vertreten sind und so unmittelbar auf die Geschicke des Verbandes Einfluss nehmen können und dass eine eigenständige Finanzierung möglich ist.

Als nachteilig gelten die eingeschränkte Flexibilität, die Begrenzung auf Landesgrenzen und der finanzielle und administrative Aufwand. Da Verbände immer nur für einen Zweck gegründet werden können, gibt es in kooperationsbereiten Gemeinden viele Verbände nebeneinander (z. B. Abwasserverband, Standesamtsverband, Schulverband, Tourismusverband etc.). Mehrzweckverbände könnten hier Abhilfe schaffen.

Verwaltungsgemeinschaften

Die Möglichkeit zur Bildung freiwilliger Verwaltungsgemeinschaften muss durch entsprechende Regelungen in den jeweiligen Gemeindeordnungen geschaffen werden. Einer Verwaltungsgemeinschaft ist es sowohl erlaubt Aufgaben des eigenen, wie auch des übertragenen Wirkungsbereichs sowie Aufgaben der Hoheits- und auch der Privatwirtschaftsverwaltung wahrzunehmen. Es kann entweder die gesamte Gemeindeverwaltung auf die Verwaltungsgemeinschaft übertragen werden oder auch nur einzelne Aufgabenfelder. Verwaltungsgemeinschaften besitzen

keine eigene Rechtspersönlichkeit und treten im Namen der betroffenen Gemeinden auf.

Als vorteilhaft gilt diese Form der Kooperation durch ihre höhere Wirtschaftlichkeit in der Aufgabenerfüllung, beispielsweise durch den Abbau von Doppelgleisigkeiten, durch Leistungsverbesserungen für den Bürger, z. B. durch den gemeinsamen Einsatz von Fachpersonal und durch den geringeren Aufwand bei der Bildung als bei einem Gemeindeverband. Als Nachteil einer zentralen Verwaltung gelten die verringerte Bürgernähe, das Nichtvorhandensein eigener Finanzierungsquellen und die Nichtumsetzbarkeit von bundesländerübergreifender Verwaltungsgemeinschaften.



Vor allem für kleinere interkommunale Kooperationen sind GmbHs in der Gründung wohl zu aufwändig und in der Führung zu kostenintensiv.

Verein

Ein Verein genießt Rechtspersönlichkeit, die Übernahme hoheitlicher Aufgaben ist ihm jedoch gesetzlich verwehrt. Die Gemeinden sind Vereinsmitglieder und können zur gemeinsamen Willensbildung die Mitgliederversammlungen nutzen. Die wesentlichen Vorteile des Vereins als Kooperationsform sind die rasche Gründung und der einfache Beitritt von Mitgliedern. Nachteilig ist wiederum der unkomplizierte Austritt aus dem Verein, der zu einem Mangel an längerfristiger Stabilität führen kann.

Da dem Verein laut VerG eine ausschließliche Gewinnausrichtung verboten ist, ist die Eignung für erwerbswirtschaftliche Betätigungen eingeschränkt.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wollen Gemeinden eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen, bedarf es eines Gesellschaftsvertrages, der Bestellung der Geschäftsführer, eines Firmenbucheintrags und einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung. Das Stammkapital der GmbH muss mindestens 35.000 Euro betragen. Eine Kooperation in Form einer GmbH hat Rechtspersönlichkeit und kann zu jedem zulässigen Zweck, sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus ideellen Gründen, durch eine oder mehrere Gemeinden gegründet werden. Die Gemeinden in ihrer Funktion als Gesellschafter haften nur mit ihren Einlagen, die GmbH selbst ist unbeschränkt haftbar. Zur gemeinsamen Willensbildung und Mitwirkung am Wirtschaften der GmbH können die Gemeinden die Gesellschafterversammlung nutzen.

Die GmbH zeichnet sich positiv durch flexible Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem durch die Loslösung von kommunalrechtlicher Bindungen in finanzieller und personalwirtschaftlicher Hinsicht, beschränkte Haftung der Gemeinden, umfangreiche Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten, kürzeren Entscheidungsprozessen und eine kaufmännische Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung aus. Im Falle der Gewinnerzielung können auch fiskalische Aspekte von Vorteil sein.

Vor allem für kleinere interkommunale Kooperationen sind GmbHs in der Gründung wohl zu aufwändig und in der Führung zu kostenintensiv. Des Weiteren können von einer GmbH keine hoheitlichen Tätigkeiten wahrgenommen werden. Meist wird die Kooperationsform GmbH gewählt, wenn es gilt, größere Investitionen zu realisieren (z. B. Wasserversorgung) oder private Unternehmen in eine öffentliche Gesellschaft einzubinden.

Genossenschaft

Zweck einer Genossenschaft ist vorrangig die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder, im speziellen Fall der

Vorreiterbezirk Horn

Der Bezirk Horn hat eine Vorreiterrolle im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit.

- Kurz vor dem Start ist derzeit eine sogar über den Bezirk hinausgehende - Arbeitsgemeinschaft für gemeinsame Waldbewirtschaftung. Ziel ist es, den Waldbesitz von 20 Gemeinden, insgesamt rund 2000 Hektar, gemeinsam zu bewirtschaften.
- Auch im Bereich der Kinderbetreuung hat man eine Lösung für das Problem gefunden, wenn eine Betreuerin krankheitsbedingt ausfällt. Um solche Personalprobleme zu lösen, hat die Stadtgemeinde Horn eine Betreuerin angestellt, die bei Bedarf auch in den umliegenden Gemeinden einspringen kann.
- Es gibt auch die Idee eines Online-Formularpools für Niederösterreich: Bei Treffen von Amtsleitern wird über Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit gesprochen. Neue Ideen werden dann online gestellt, sodass sich Interessierte darüber informieren können.

Kontakt:

Stadtgemeinde Horn, LAbg. Bgm. Jürgen Maier, Tel.: 02982/265613, E-Mail: maier@horn.gv.at



Im Bezirk Horn nutzt man bereits die Vorteile der Interkommunalen Zusammenarbeit

IKZ ihrer Mitgliedsgemeinden. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Vorteile einer Kapitalgesellschaft mit jenen eines Vereins vereint.

Es stehen flexible Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung zur Verfügung, und der Genossenschaft ist eine Gewinnerzielung erlaubt. Zusätzlich ist ein unkomplizierter Ein- und Ausstieg möglich. Die Gründungskosten sind im Vergleich zur GmbH äußerst gering (kein Mindestkapital), und der Organisationsgrad kann autonom gestaltet werden. Rechtlich gesehen ist die Genossenschaft eine juristische Person und dadurch selbst Träger von Rechten und Pflichten. Der Vorstand trägt eine Verschuldens- und keine Erfolgshaftung, das Unternehmensrisiko wird von der Genossenschaft getragen. Die Haftung der Gemeinde als Genossenschafter ist auf die doppelte Einlage beschränkt und wird bei Konkurs oder Liquidation schlagend, wenn nicht alle Verbindlichkeiten abgedeckt werden können.

Zusammenfassung

Es lässt sich sagen, dass mit zunehmender Komplexität der IKZ und einem damit verbundenen höheren finanziellen Aufwand die Gemeinden eher eine stärker institutionalisierte und rechtlich formalere Kooperationsform wählen, da dadurch Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit der Vereinbarung besser gewährleistet ist.

Vermietung ist unternehmerische Tätigkeit

Vermietung von Grundstücken und Gebäuden durch Gemeinden seit 1.1.2011

von Dr. Raimund Heiss und Dr. Ursula Riedmüller-Heiss

Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren viele Gebäude errichtet und den Vorsteuerabzug geltend gemacht. Die unternehmerische Betätigung besteht vielfach in der Vermietung dieser Gebäude an Dritte. Seit einigen Jahren werden die Voraussetzungen für den Vorsteuerabzug bei der Gemeinde von der Finanzverwaltung immer mehr verschärft.

Da zu dieser Thematik bereits die ersten Betriebsprüfungen laufen, werden im Folgenden die umsatzsteuerrechtlichen Regelungen und die Ansicht der Finanzverwaltung zur Vermietung von Grundstücken durch Gemeinden seit dem 1.1.2011 dargestellt.

Gesetzliche Grundlagen

Die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nach § 2 Abs 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) nur im Rahmen



Alte Mietverträge sind an die neuen Kriterien anzupassen.

ihrer Betriebe gewerblicher Art nach § 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG), ausgenommen solche, die gemäß § 5 Z 12 KStG von der Körperschaftsteuer befreit sind, und ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gewerblich oder beruflich tätig.

Als Betriebe gewerblicher Art im Sinne des § 2 Abs 3 UStG gelten jedoch stets

- Wasserwerke,
- Schlachthöfe,
- Anstalten zur Müllbeseitigung und zur Abfuhr von Spülwasser und Abfällen sowie
- die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken durch öffentlichrechtliche Körperschaften.

Nach § 6 Abs 1 Z 16 UStG ist die Vermietung von Grundstücken, von Berechtigungen, auf welche die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden, und von staatlichen Hoheitsrechten, die sich auf die Nutzungen von Grund und Boden beziehen, von der Umsatzsteuer befreit. Die Überlassung der Nutzung an Geschäftsräumen und anderen Räumlichkeiten auf Grund von Nutzungsverträgen ist als Vermietung von Grundstücken anzusehen.

Nach § 6 Abs 1 Z 16 UStG nicht befreit und folglich immer umsatzsteuerpflichtig sind:

- die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Grundstücken für Wohnzwecke;
- die Vermietung und Verpachtung von Maschinen und sonstigen Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören, auch wenn sie wesentliche Bestandteile eines Grundstückes sind;
- die Beherbergung in eingerichteten

Wohn- und Schlafräumen;

- die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art;
- die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Grundstücken für Campingzwecke.

Der Unternehmer kann nach § 6 Abs 2 UStG einen Umsatz, der nach § 6 Abs 1 Z 16 UStG steuerfrei ist, als steuerpflichtig behandeln. Tut er das, unterliegt er dem Steuersatz nach § 10 Abs 1 UStG. Die Steuer beträgt nach § 10 Abs 1 UStG für jeden steuerpflichtigen Umsatz 20 Prozent der Bemessungsgrundlage. Zusätzlich steht dem Unternehmer, der nach § 6 Abs 2 UStG in die Umsatzsteuerpflicht optiert hat, das Recht auf Vorsteuerabzug zu.

Im UStG ist nicht näher ausgeführt, was unter Vermietung von Grundstücken und Gebäuden zu verstehen ist.

Ansicht der Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung vertritt zur Vermietung von Grundstücken und Gebäuden durch Gemeinden folgende Ansicht:

Eine Anerkennung als Bestandverhältnis setzt grundsätzlich neben der Deckung der (laufenden oder zeitlich anteiligen) Betriebskosten im Sinne der \$\mathbb{S}\ 21\ bis 24\ Mietrechtsgesetz\ ein Entgelt für den Gebrauch des Grundstückes in Form einer jährlichen oder zeitlich anteiligen AfA-Komponente voraus. Als AfA-Komponente pro Jahr sind mindestens 1,5\ Prozent der Anschaffungs-\ bzw.\ Herstellungskosten\ inklusive\ Grund\ und\ Boden\ einschlie\slich\ aktivierungspflichtiger\ Aufwendungen\ und\ Kosten\ von\ Gro\streparaturen\ anzusetzen.



Im Vorfeld ist bei der Vermietung und dem damit im Zusammenhang stehenden Vorsteuerabzug durch eine Gemeinde immer zu prüfen, ob der Mieter die erforderlichen Geldmittel aufbringen kann oder nicht.

Die angesprochene AfA-Komponente stellt lediglich eine Messgröße für das erforderliche Mindestentgelt eines anzuerkennenden Bestandverhältnisses dar, sodass weitere ertragsteuerliche Ableitungen zur AfA im Sinne der §§ 7 ff Einkommensteuergesetz (EStG) daraus nicht getroffen werden können.

Subventionen bzw. Zuwendungen im Sinne des § 3 Abs 1 Z 6 EStG kürzen die AfABemessungsgrundlage nicht.

Sind historische Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder Aufwendungen für Großreparaturen nicht mehr bekannt, so ist der Wert des Grundstückes im Schätzungswege zu ermitteln, wobei als AfA-Bemessungsgrundlage der gemeine Wert im Sinne des § 10 Bewertungsgesetz herangezogen werden kann. Soweit glaubhaft gemacht werden kann, dass Grund und Boden unentgeltlich erworben wurde, kann dieser

außer Ansatz gelassen werden.

Der vermietenden Körperschaft des öffentlichen Rechts entstandene Dritt-kosten wie z. B. Anmietungskosten, Leasingkosten oder Kosten eines Baurechtes sind an den Mieter ungekürzt weiter zu verrechnen.

Diese Kriterien sind bei allen Miet- und Pachtverhältnissen ab dem 1. Jänner 2011 zu beachten. Das bedeutet, dass "alte" Mietverträge ab dem 1.1.2011 anzupassen sind! Gebrauchsüberlassungen, die nicht auf Bestandverträgen beruhen, begründen nach Ansicht der Finanzverwaltung keinen (fiktiven) Betrieb gewerblicher Art.

Zusammenfassung

Eine Vermietungstätigkeit durch eine Gemeinde stellt dann eine unternehmerische Tätigkeit dar und berechtigt zum Vorsteuerabzug, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Entgelt für den Gebrauch des Grundstücks in Form einer jährlichen oder zeitlich anteiligen AfA-Komponente von mindestens 1,5 Prozent der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten inklusive Grund und Boden einschließlich aktivierungspflichtiger Aufwendungen und Kosten von Großreparaturen.

Es ist unbedingt darauf zu achten, dass es zu keiner "Mietsubvention" der Gemeinde an den Mieter kommt. Dies hätte zur Folge, dass seitens der Finanzverwaltung eine umsatzsteuerrechtlich unbeachtliche Vermietung angenommen wird und die Gemeinde die in Anspruch genommenen Vorsteuerbeträge an das Finanzamt zurückzuzahlen hat.

Im Vorfeld ist bei der Vermietung und dem damit im Zusammenhang stehenden Vorsteuerabzug durch eine Gemeinde immer zu prüfen, ob der Mieter die erforderlichen Geldmittel aufbringen kann oder nicht. Kann der Mieter die nötigen Geldmittel nicht aufbringen, ist eine Vermietung und ein damit im Zusammenhang stehender Vorsteuerabzug durch die Gemeinde nicht gangbar.



Mag. Dr. Raimund Heiss ist Finanzstadtrat in Neulengbach und Kommunalexperte bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH



Mag. Dr. Ursula Riedmüller-Heiss ist Kommunalexpertin bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgmbH

Licht am Ende des Tunnels

Positive Entwicklung der Ertragsanteile

sterreichs Gemeinden dürfen sich im Juni über einen deutlichen Zuwachs bei den Ertragsanteilen freuen. Zwischen neun und 14 Prozent liegen die Steigerungen im Monatsvergleich. Im bisherigen Jahresvergleich beträgt die Steierung durchschnittlich 8,9 Prozent. Diese Zahlen prognostiziert der Österreichische Gemeindebund in einer aktuellen Studie.

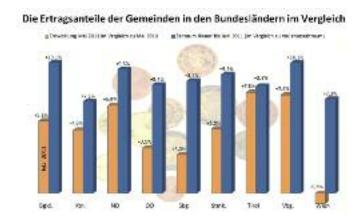
Auch in Niederösterreich wirkt sich der anhaltende Wirtschaftsaufschwung positiv auf die Steuereinnahmen der Gemeinden aus. Hatten die 572 niederösterreichischen Kommunen im Vorjahr noch rund 1,2 Milliarden Euro und damit um 1,5 Prozent weniger als 2009 an Steuern aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben erhalten, so werden die kassenmäßigen Ertragsanteile der

Gemeinden im Land heuer um fast neun Prozent auf knapp 1,33 Milliarden Euro klettern.

Dank des brummenden Konjunkturmotors könnten die Ertragsanteile bundesweit wieder das Niveau des Vorkrisenjahres 2008 erreichen. Und die

Aussichten sind weiter gut: Bis 2014 rechnen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und Institut für Höhere Studien (IHS) mit jährlichen Wachstumsraten der österreichischen Wirtschaft von zwei Prozent

oder sogar knapp darüber. Im Bundesländervergleich profitiert das Burgenland am meisten von der aktuellen Entwicklung. Dort gab es ein Plus von 10,2 Prozent. Am schlechtesten ist die Entwicklung in Wien wo es nur 7,5 Prozent Steigerung gibt.



Lachmuskeltraining mit Schmäh

Der Kabarettist Gerhard Blaboll tourt durch niederösterreichische Gemeinden

erhard Blaboll begeistert sein Publikum, egal ob als Kabarettist, als Schriftsteller oder als Radiomoderator. Der studierte Jurist schafft es immer wieder, selbstironisch Eigenheiten der Österreicher im Wiener Schmäh zu beschreiben und darzustellen. Mit seinen Programmen – Kabaretts, CD-Präsentationen, Lesungen – bietet Blaboll nicht nur ein vielseitiges Künstlerrepertoire, sondern auch interessante Angebote für Gemeinden. Zu jeder Jahreszeit, zu jedem Anlass.

Die nächsten Termine:

1.7., 14:00 Uhr: Lachmuskeltraining beim Sommerfest des Pflegezentrums
St. Pölten – Pottenbrunn
Pottenbrunner Hauptstr. 100
3140 Pottenbrunn

Info: Regina Parzer 02742/42225-4000

1.7., 20:00 Uhr: Lachmuskeltraining "Des Lebn bei uns" Benefizveranstaltung zu Gunsten der

Hospiz im LPH St. Pölten Hermann Gmeiner Gasse 4 3100 St. Pölten Info: Gabi Kletzander 0676/812 740 611

4.8., 19:30 Uhr: Lachmuskeltraining "Des Lebn bei uns"

Brandlhof, 3710 Radlbrunn 24 Info: Didi Jäger 02956/81222

19.8., 19:00 Uhr: Lachmuskeltraining beim "Wienerisch am See"

Grillrestaurant Splash, Alleestraße 85 2103 Langenzersdorf

Info: Renate Kolfelner 0676/611 73 56



Gerhard Blaboll schafft es immer wieder, selbstironisch Eigenheiten der Österreicher im Wiener Schmäh zu beschreiben und darzustellen. www.blaboll.at

Wie man eine Gemeinde bekannt macht

GVV-Bezirksobmann Anton Pfeifer vertraut auf die Marke "Grafenegg"

von Mag. Helmut Reindl

ass eine Gemeinde ihren Namen wechselt, kommt nicht alle Tage vor. Darum sorgte es für Aufsehen, als die damalige Gemeinde Etsdorf-Haitzendorf im Jahr 2002 in "Grafenegg" umbenannt wurde. "Unser Ziel war es, die Gemeinde bekannter zu machen", erklärt Bürgermeister Anton Pfeifer. Was wäre da näher gelegen, als sich nach dem auf dem Gemeindegebiet liegenden Schloss zu nennen, das weit über die Grenzen Niederösterreichs bekannt ist. Dass das historistische Gebäude in den darauf folgenden Jahren dank enormer Hilfe des Landes einen derartigen Aufschwung nehmen würde, war ein Glücksfall. Denn heute ist Grafenegg aus dem kulturellen Leben Niederösterreichs nicht wegzudenken. Vor allem der beeindruckende Wolkenturm Schlosspark und die Veranstaltungshalle Auditorium locken jährlich tausende Menschen in die Gemeinde. "Für uns ist das ein enormer Imagegewinn", so Pfeifer.

Geboren wurde Anton Pfeifer nicht in der Gemeinde Grafenegg, sondern im nahe gelegenen Brunn im Felde. Bereits 1985 ließ sich der gelernte Kaufmann - es ist für die NÖ Versicherung tätig hier nieder.

Der heute 58-Jährige stammt aus einer traditionellen ÖVP-Familie. Politische Ambitionen hatte er aber lange Zeit keine. 1995 kandidierte er erstmals für den Gemeinderat, 1999 gelang ihm der Einzug. Bereits ein Jahr später wurde er zum Bürgermeister gewählt. "Die politische Situation war damals schwierig", erinnert sich Pfeifer. Die ÖVP war zerstritten und kandidierte mit drei



Anton Pfeifer (2.v.l.) und Vizebürgermeister Franz Klein mit den Geschäftsführenden Gemeinderäten Maria Forstner, Franz Leuthner und Franz Fritzlehner

verschiedenen Listen. Gemeinsam mit SPÖ, FPÖ und einer Bürgerliste saßen sechs verschiedene Fraktionen im Gemeinderat. Pfeifer gelang es die Volkspartei zu einen. Heute regiert er mit eine soliden Mehrheit von 14 Mandaten. Die SP hält bei fünf und die Freiheitlichen bei zwei Mandaten.

Hochwasser als Bewährungsprobe

Zur ersten Bewährungsprobe wurde das Hochwasser des Jahres 2002. Der Kamp überflutete damals – zumindest teilweise - sieben der acht Katastralgemeinden. Dabei hatte Pfeifer bereits im vorangegangen Jahr mit der Planung eines umfassenden Überschwemmungsschutzes begonnen. Dass das Hochwasser so schnell kommen würde, konnte aber niemand vorhersehen. Bis 2015 will man mit der Errichtung der Schutzmaßnahmen gegen 100-jährige Hochwasser fertig sein.

Als weniger spektakuläre, dafür aber enorm wichtige Leistung seiner Amtszeit sieht Bürgermeister Pfeifer die Erneuerung des Straßennetzes im Gemeindegebiet an. Der Abwanderung konnte durch die Forcierung des sozialen Wohnbaus entgegengewirkt werden. "Die junge Bevölkerung bleibt jetzt im Ort, es ziehen sogar noch Leute zu", freut sich Pfeifer.

Aktuellstes Projekt ist die Fertigstellung eines neuen Feuerwehrhauses in Etsdorf. Die Eröffnung ist für den 4. September geplant. Stolz ist der Bürgermeister in diesem Zusammenhang auch auf die sehr aktive Feuerwehrjugend im Ort.

Seit heuer ist Anton Pfeifer auch Bezirksobmann des GVV für den Bezirk Krems. Seine erste Amtshandlung war die Organisation einer gemeinsamen Fahrt der Bürgermeister zum Gemeindetag nach Kitzbühel. Neben vielen anderen Kollegen wird er dort auch einen Nachbarn treffen: GVV-Chef Alfred Riedl ist bekanntlich Bürgermeister der Nachbargemeinde Grafenwörth.





Ferienbetreuungsaktion auch im heurigen Sommer

Wer einen Kinderbetreuungsplatz braucht, bekommt ihn auch

Die Betreuung der Kinder während der Ferien ist zumeist eine zentrale Frage für die Familien und stellt berufstätige Mütter und Väter oftmals vor organisatorische Probleme.

"In Niederösterreich können sich die Eltern auf ein breites und qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot verlassen, auch in der schulfreien Zeit", erklärt die neue Familienlandesrätin Barbara Schwarz im Zusammenhang mit der NÖ Ferienbetreuungsaktion. Im Rahmen der Aktion werden

Informationen

Amt der NÖ Landesregierung, Familienreferat, Mag. (FH) Dieter Kraus Tel.: 02742/9005-16559 www.noe.familienpass.at Gemeinden und Vereine vom NÖ Familienreferat mit 220 Euro pro Woche gefördert und so animiert, sich für ihre jüngsten Bürger bzw. Mitglieder etwas einfallen zu lassen.

Besonders interessant für berufstätige Eltern

"Besonders unseren berufstätigen Eltern wird durch ein solches Angebot sehr geholfen, denn sie wissen ihre Kinder dabei auch außerhalb der eigenen Familie in professioneller und liebevoller Betreuung", so Schwarz. Die NÖ Ferienbetreuungsaktion wird Familien auch während der diesjährigen Schulferien wieder zur Verfügung stehen.

Bei der NÖ Familienhotline können unter der Telefonnummer 02742/9005-1-9005 Auskünfte zu den Standorten und Zeiträumen der Ferienbetreuungsangebote in Niederösterreich eingeholt werden.

Veranstalter müssen Standards einhalten

Im Zusammenhang mit der NÖ Ferienbetreuungsaktion muss der jeweilige Veranstalter bestimmte Standards einhalten, etwa hinsichtlich der Qualifizierung der Betreuungspersonen. Der Elternbeitrag darf außerdem nicht mehr als 43 Euro pro Woche betragen, für Mehrkindfamilien gibt es zusätzliche Ermäßigungen.

Im Jahr 2010 konnten in ganz Niederösterreich 700 Ferienwochen für rund
5.000 Kinder abgehalten werden,
wodurch die Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt
wurden. Weiters wurde in diesem
Rahmen mit der NÖ Familienhotline
eine kompetente Anlaufstelle
geschaffen, bei der gemeinsam mit den
betroffenen Familien innerhalb von 24
Stunden ein individuelles Angebot
erstellt wird.

Photovoltaikanlagen für Gemeindedächer

Förderungsaktion des Klima- und Energiefonds

Seit 2009 unterstützt der Klimaund Energiefonds gemeinsam
mit dem Lebensministerium
den Aufbau von Klima- und Energiemodellregionen. "Heute leben bereits
1,7 Millionen Menschen in 773 österreichischen Gemeinden in den Klimaund Energie-Modellregionen, das sind
rund 20 Prozent der österreichischen
Bevölkerung. Die Regionen haben
eine mutige Entscheidung getroffen
und machen sich auf den Weg in die
Energieunabhängigkeit", sagt Ingmar
Höbarth, Geschäftsführer des Klimaund Energiefonds.

Der Erfolgsmix besteht aus dem systematischen Ausbau erneuerbarer Energien und der Nutzung gewaltiger Einsparungspotenziale. Die begrenzten Ressourcen, die unberechenbare Situation auf den Rohstoffmärkten sowie die notwendigen Maßnahmen gegen den Klimawandel haben in den letzten Jahren zu einem Umdenken geführt.

70.000 Menschen in Green Jobs

Die Umstellung auf alternative Energien ist in den Klima- und Energiemodellregionen bereits im Laufen und führt zu einem Umdenken in der Österreichischen Bevölkerung und zu vermehrter Nachfrage an Erneuerbaren Energien. "Mein Ziel ist die Energieautarkie Österreichs. Aktive Gemeinden und Regionen sind Schrittmacher auf diesem Weg und ich unterstütze sie dabei. Investitionen in den Klimaschutz und in erneuerbare Energien nutzen der Umwelt und der Wirtschaft. Schon heute sind knapp 70.000 Menschen in Green Jobs im Bereich erneuerbarer Energien tätig.", so Umweltminister Niki Berlakovich. Die sich daraus ergebende Wertschöpfung bleibt in Öster-



Während sich die ersten beiden Ausschreibungen ausschließlich an neu entstehende Modellregionen gerichtet haben, unterstützt das Programm 2011 erstmals auch schon bestehende Modellregionen.

reich und schafft dort Arbeit, wo erneuerbare Energien gewonnen und auch bezahlt werden: in der eigenen Region.

Neu im heurigen Jahr

Während sich die ersten beiden Ausschreibungen ausschließlich an neu entstehende Modellregionen gerichtet haben, wird das Programm 2011 erstmals auch schon bestehende Modellregionen unterstützen. Diese ermöglicht die heurige Ausschreibung eine eigene Förderung für Photovoltaik-Anlagen auf gemeindeeigenen Dächern, maximal werden 60 kWp pro Region und maximal 40 kWp pro Anlage mit 1.100 Euro/kWp gefördert. Dies bedeutet einen Fördertopf von 66.000 Euro pro Region. Die Ausschreibung

läuft bis bis 14. Oktober 2011, 12:00 Uhr. Für Einrichtungen zur Verwertung und Nutzung von erneuerbaren Energien, für die bereits eine andere Förderung des Bundes (z. B. Tarif- und Investitionsförderungen gem. Ökostromgesetz, KLIEN-Förderaktionen) beantragt wurde, wird ab 1.7.2011 keine Förderung mehr nach § 3 Abs. 1 Z 9 der Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft gewährt.

Informationen

Klima- und Energiefonds Tel.: 01/585 03 90

E-Mail: office@klimafonds.gv.at www.klimafonds.gv.at



Auf dem
Programm
stehen die
Schwerpunkte
mobiler Dienst,
Krankenhaus
Entlassungsmanagement
und PflegeheimAufnahmen.

Der GVV schult **Sozialkoordinatoren**

Mit Hilfswerk als Partner soll Soziale Modellregion NÖ noch stärker wachsen

In Kooperation mit dem Hilfswerk hat sich der GVV zum Ziel gesetzt, interessierte Bürgermeister, Sozialkoordinatoren, Seniorenvertreter und sozial Interessierte in den Gemeinden in sozialen Themen zu schulen. Im Rahmen von Abendveranstaltungen werden spezielle Schulungspakete angeboten. Auf dem Programm stehen die Schwerpunkte Mobiler Dienst, Krankenhaus Entlassungsmanagement und Pflegeheim-Aufnahmen. Besonders interessant dabei: Was kostet das?

Begonnen wurde mit den Schulungsprojekten im Bezirk Amstetten und Scheibbs. 120 Personen wurden ausgebildet. Auch in der Gemeinde Ardagger

Informationen

NÖ Hilfswerk Mag. Annette Hkimi-Blaschke 02742/2490 E-Mail: annette.hkimi-blaschke@ noe.hilfswerk.at hat die Schulungstour bereits Station gemacht. "Für unsere Gemeindevertreter ist dieses Projekt ein Muss. Denn mit den Angeboten im Falle einer Pflegebedürftigkeit oder sozialen Bedürftigkeit haben wir als Gemeindevertreter in Zukunft immer mehr zu tun und da erwarten die Bürger von uns einfach eine professionelle Auskunft – als erste Ansprechstelle", sagt Ardaggers Bürgermeister und GVV-Vizepräsident Johannes Pressl.

Großes Interesse der Bevölkerung

Auch für Georg Strasser, GVV-Bezirksobmann von Melk, war die Veranstaltung ein großer Erfolg. "Wir hatten ein bunt gemischtes Publikum aus externen Besuchern, Bürgermeistern, Gemeinderäten, Seniorenbundmitglieder. In Summe 80 Personen, Frauen und Männer gemischt." Das Interesse war groß, und die Information war wertvoll. "Die Funktionäre haben nicht nur Inputs für die Arbeit in der Gemeinde, sondern auch für die Arbeit in der Nachbarschaft, im Familien- und Freundeskreis bekommen. Außerdem konnte sich das Hilfswerk als Dienstleistungsbetrieb und als Motor für diverse freiwillige Aktivitäten präsentieren."

Für Georg Strasser steht fest: "Wir sehen dieses Angebot als wertvollen Beitrag, Niederösterreich als die soziale Modellregion weiter zu entwickeln."

Wertvolle Unterstützung für Gemeinden

Halt gemacht hat die GVV-Schulungstour auch in der Gemeinde Hofamt Priel. Für den Bürgermeister der Gemeinde, Friedrich Buchberger, ist das Projekt aus mehrerlei Hinsicht gewinnbringend: "Die Pflegeversorgung ist ein beherrschenden Thema in den Gemeinden. Daher sind die Schulungsthemen aktuell und bieten den Gemeinden gute Unterstützung in dieser schwierigen Frage. Ich kann dieses Projekt nur weiter empfehlen.

Die Schulungstour des GVV in Kooperation mit dem Hilfswerk nimmt ihren Lauf.

LERNEN nach Maß

Interaktive Komplettlösungen für Schulen

nsere Schulen brauchen jene Lösungen mit denen sie bestmöglich den Unterricht gestal-

Als Komplettlösungslieferant wissen wir über die Anforderungen einer modernen Schule genau Bescheid und können bei der Konzeption einer EDV-Struktur langjährige Erfahrung einbringen.

Ein Netzwerk mit Köpfchen

Wir liefern und installieren die Hardund Software, konfigurieren das Netzwerk inkl. sämtlicher Dienste und betreuen je nach Wunsch das installierte System. Ein kompetentes Team erfüllt alle technischen Anforderungen und sorgt für die periodisch notwendigen Systemchecks und Updates.

SMART Board™ **Interactive Whiteboard**

Einschalten und direkt loslegen:

Die intuitive und damit einfache Benutzung des SMART Boards ist der Grundstein für die erfolgreiche Arbeit mit dem

Unser breites Angebot an interaktiven Whiteboards ist die Antwort auf die sehr unterschiedlichen Anforderungen und Lernumgebungen im Bildungsbereich. Alle Modelle haben gemeinsam, dass sie sowohl unkompliziert im Klassenzimmer zu implementieren als auch zu bedienen sind – einfacher geht's nicht.

Beratung und Information

Lydia Freibauer, 02262/690-113 lydia.freibauer@gemdatnoe.at



Wir machen das Besondere einfach." | SWART.



















Initative für eine gehobene Esskultur

Wie wird man GENUSS REGION-Partnergemeinde?

sterreich ist gekennzeichnet durch seine zahlreichen, unverwechselbaren und abwechslungsreichen Regionen. Die Stärken des Landes sind seine unverwechselbaren Kulturlandschaften und die darin produzierten kulinarischen Spezialitäten. Regional-typische Lebensmittel bedeuten nicht nur Genuss, sondern auch Identität und Zugehörigkeit.

Mit der Beschilderung von Regionen, in denen traditionelle Produkte erzeugt werden, wird der Zusammenhang zwischen Kulturlandschaft und Lebensmittelproduktion transparent gemacht. Die Positionierung der GENUSS REGION ÖSTERREICH mit ihren regionalen Spezialitäten unterstützt die Entwicklung einer gehobenen Esskultur. GENUSS REGION ÖSTERREICH ist eine geschützte Marke der Agrarmarkt Austria und des Lebensministeriums. Sie macht die regionalen landwirtschaftlichen Produkte und Spezialitäten sichtbar. Im Zentrum steht die Information von Konsumenten und Touristen über die spezifischen kulinarischen Angebote in einzelnen Regionen.

Die Ziele der Initiative

- Österreichs landwirtschaftliche Produktion für KonsumentInnen und TouristInnen sichtbar machen.
- Gezielte Information (Info und Veranstaltungen) welche landwirtschaftlichen Rohstoffe wo in Österreich produziert werden
- Verstärkte Kooperation zwischen Landwirtschaft, Gewerbe, Gastronomie und Tourismus
- Kurze Transportwege
- Frische der Produkte
- Wertschöpfung / Arbeitsplätze in der Region erhalten oder gestalten

Beispiele aus Niederösterreichs Genuss Regionen



Die Wachauer Marille



Das Weinviertler Schwein



Das Alpenvorland Rind



Der Bucklige Welt Apfelmost

Kriterien für die Auszeichnung einzelner Gemeinden als "GENUSS REGION ÖSTERREICH"-Partnergemeinde

- 1. Die Gemeinde liegt innerhalb des geographisch abgegrenzten Gebiets einer anerkannten GENUSS REGION und ist durch die Gemeindekennzahl (GKZ) definiert.
- 2. Sie hat mindestens einen Partnerbetrieb der betreffenden GENUSS REGION in ihrem Gemeindegebiet.
- 3.Eine Gemeinde kann auch ohne Partnerbetrieb zu einer GENUSS REGION-Gemeinde werden, wenn sie die Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH ideell und finanziell unterstützt. Dabei ist sie etwa Mitveranstalter bei Veranstaltungen der Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH. Die Entscheidung obliegt dem Dachverband der GENUSS REGION ÖSTERREICH.
- 4.Sie hat eine vom Bürgermeister unterfertigte Nutzungsvereinbarung für Gemeinden und der Dachverband hat die Auszeichnung als GENUSS REGIONs-Gemeinde empfohlen. Sie ist berechtigt, das Logo "GENUSS REGION ÖSTERREICH"-Partnergemeinde zu führen.

Das historische Gebäude der Donau-Universität Krems mit dem "Loop" beim Haupteingang.



Uni-Ausbildung für **EU-Gemeinderäte**

Berufsbegleitender Lehrang an der Donau-Universität Krems ab Oktober

Die Rolle der Europäischen Union gewinnt ständig an Bedeutung. Sowohl im beruflichen als auch im persönlichen Alltagsleben müssen sich Bürgerinnen und Bürger mit verschiedensten Europafragen auseinandersetzen. Dabei ist festzustellen, dass die EU mittlerweile für das tägliche Leben mitbestimmend ist.

Um den Bürgerinnen und Bürgern entsprechend kompetente Antworten, Lösungsvorschläge und allgemeine Informationen in Bezug auf EU-Fragen zu geben, hat Außenminister Michael Spindelegger die Initiative ergriffen, in jeder Gemeinde Österreichs einen

Informationen

Anmeldungen zum Lehrgang sind bis 10. Oktober 2011 möglich.

Das detaillierte Programm und weiterführende Informationen finden Sie unter:

www.donau-uni.ac.at/integration

Europagemeinderat zu etablieren. Dieser pflegt direkten Kontakt zur Bevölkerung und ist somit die erste Ansprechstelle, wenn es sich um Sorgen oder Anliegen zu Europa handelt. Der Europagemeinderat soll Bürgerinnen und Bürgern Europa näher bringen und auch vermitteln, wie die EU voll genützt und wahrgenommen werden kann.

Die Initiative "Europa fängt in der Gemeinde an" ist mittlerweile österreichweit auf ein sehr positives Echo gestoßen und beinhaltet unter anderem auch eine maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildung der EU-Gemeinderäte. Genau in diesem Bereich leistet die Donau-Universität ab Herbst 2011 einen wesentlichen Beitrag, indem sie für EU-Gemeinderäte eine profunde Weiterbildung anbietet.

Das Department für Europäische Integration und Wirtschaftsrecht der Donau-Uni Krems, das seit zwei Jahrzehnten zu den bekanntesten europäischen Ausbildungsstätten im Bereich der Europäischen Integration zählt, hat zum diesem Zweck ein eigenes Programm entwickelt; den berufsbegleitenden Universitätslehrgang "Europäische Integration" mit Start im Oktober 2012 für die Dauer von einem Semester, der genau auf die Bedürfnisse der EU-Gemeinderäte zugeschnitten ist und mit einem Universitätszertifikat abschließt.

Praxisnahe Ausbildung

Dieser Universitätslehrgang bietet seinen Teilnehmern eine fundierte, praxisnahe und den aktuellen Entwicklungen Rechnung tragende Europaausbildung mit dem Ziel, ein umfassendes Verständnis über die Europäische Union, deren Entwicklung, Recht, Institutionen und Politikbereiche zu erlangen.

Darüber hinaus gibt es spezielle Vorlesungen zum Förderwesen in der EU, zur Wahrnehmung von Interessen, zur EU-Kommunikation und zu EU-Datenbanken. Eine Exkursion mit Vorträgen zum Informationsbüro der Europäischen Kommission in Österreich rundet das Europaprogramm ab.

Leitfaden zum kommunalen NÖ Wasserleitungsrecht

Schriftenreihe der Kommunalakademie NÖ, Band 4

ie Kommunalakademie NÖ gibt seit Jahren eine Schriftenreihe zu Gesetzen heraus, die für die Gemeinden von besonderer Wichtigkeit sind. Die meist anspruchsvollen Gesetzesmaterien werden von berufenen Fachleuten eingehend kommentiert und dienen so als gut verwendbarer Leitfaden für die kommunale Praxis.

Nach dem NÖ Kanalgesetz, der NÖ Bauordnung und der Bundesabgabenordnung liegt nun als Band 4 dieser Schriftenreihe das "Kommunale

Wasserleitungsrecht in NÖ" vor. Autoren sind Matthias Röper von der Gemeindeabteilung der NÖ Landesregierung und Walter Leiss, der ab Juli Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes ist.

Inhalt

Der Leitfaden enthält

- das Wasserleitungsanschlussgesetz,
- das Gemeindewasserleitungsgesetz mit seinen drei Abschnitten sowie

- das NÖ Gemeindewasserleitungs-Verbandsgesetz und
- die Gesetze über die wichtigsten Gemeindewasserleitungsverbände.

Kommunalakademie-Vorsitzender Christian Schneider unterstreicht in seinem Vorwort die Wichtigkeit dieser Gesetze für den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Publikation enthält auch die einschlägige Judikatur der Höchstgerichte.

Gemeindedienstprüfungen: Zweimal in allen Fächern "ausgezeichnet"

"Vor den Vorhang" werden zwei weibliche Gemeindebedienstete aus NÖ Gemeinden gebeten. Die beiden Damen warteten bei Kursen der Kommunalakademie NÖ mit Leistungen auf, wie sie in dieser Form nur selten erbracht werden, nämlich mit einem "ausgezeichnet" in allen Gegenständen. Es sind dies Regina Helfer aus der Stadt Tulln und Martina Martinek aus der Marktgemeinde Pressbaum, beide in der Finanzverwaltung ihrer Gemeinden tätig. In folgenden Fächern gab es die Auszeichnungen: Verfassungs- und Gemeindeorganisationsrecht, Verwaltungs- und Abgabenverfahrensrecht, Materielles Verwaltungsrecht, Dienst- und Besoldungsrecht sowie Haushaltsrecht.

Auch die NÖ GEMEINDE gratuliert herzlich.



Informationen

Kommunales

Leidador Ar do Praris

Wasserleitungsrecht in NO

Die Broschüre ist 95 Seiten stark und über die Kommunalakademie NÖ, 3109 Sankt Pölten, Landhausplatz 1, Haus 5, zu beziehen.



Regina Helfer, Tulln



Martina Martinek, Pressbaum

19 neue Verwaltungsmanager

Abschluss des Universitätslehrgangs für Public Management

S ei kurzem gibt es19 neue Verwaltungsmanager in Niederösterreich. Sie haben den Universitätslehrgang für Public Management an der Donau-Universität Krems, durchgeführt zusammen mit der Kommunalakademie NÖ, erfolgreich absolviert. 15 der neuen Manager kommen aus niederösterreichischen Gemeinden.

Zweisemestrige Ausbildung

Die hochqualifizierte Ausbildung erstreckte sich über zwei Semester und beinhaltete u. a. aktuelle Herausforderungen der Verwaltungswissenschaft und Verwaltungspraxis wie Reformbedarf, Europäische Integration und Technologie, weiters Organisations- und Prozessoptimierung.

Beitrag zur **Professionalisierung**

Für Akademieleiter Harald Bachhofer, selbst Mitglied der Prüfungskommission, sind Ausbildung und Einsatz von



Die neuen Verwaltungsmanager mit Akademie-Direktor Harald Bachhofer

Verwaltungsmanagern ein weiterer Beitrag zur Professionalisierung der Gemeindeverwaltung, zumal die Themen aktuell und praxisorientiert sind.

Informationen

Der nächste Universitätslehrgang für Public Management an der Donau-Universität Krems beginnt mit einem Modul in der Zeit vom 4. bis 6. Oktober 2011.

Veranstaltungen an der **Donau-Uni**

Am 4. Oktober 2011 startet an der Donau-Universität Krems (Department für Governance und Public Administration/CEPA) der zweite Durchgang des Universitätslehrganges "Verwaltungsmanager/in" (Certified Programme) in Kooperation mit der Kommunalakademie NÖ.

Zielgruppe sind (angehende) Führungskräfte aus der kommunalen Verwaltung, Gemeindeverbänden, anderen öffentlichen Institutionen sowie verwaltungsnahen Bereichen. Dieser Lehrgang ist selbstverständlich auch für politische Entscheidungsträger und Interessierte offen.

Dauer: 2 Semester (19 Tage) im Zeitraum vom 4. Oktober 2011 bis 10. Mai

Forum Gemeinde Innovativ

Weiters findet in Kooperation mit der Kommunalakademie NÖ am 18. Oktober zum zweiten Mal das "Forum Gemeinde Innovativ" (FGI) an der Donau-Universität Krems statt. Die Veranstaltung steht diesmal unter dem Motto "Sicherung und Finanzierung des Gemeindevermögens - eine Herausforderung für jede Gemeinde".

Informationen zu beiden Veranstaltungen

www.donau-uni.ac.at

Mehr Post für Niederösterreich

Mit starkem Partner in eine sichere Zukunft

it der Präsentation der Filial-Offensive Mitte Oktober 2010 haben die Österreichische Post AG und BAWAG P.S.K. österreichweit für Interesse gesorgt. Anstatt Post- und Bankinfrastrukturen parallel zu führen, wurde beschlossen, die Leistungen beider Welten unter einem Dach zu vereinen. Dies bedeutet ein besseres Kundenservice und ein nochmals erweitertes Produktangebot. Vor allem in ländlichen Regionen ist es durch die gemeinsame Präsenz der BAWAG P.S.K. und der Post in einer Filiale möglich, weiterhin vor Ort vertreten zu sein. In den gemeinsamen Standorten können ohne weitere Umwege sämtliche Postund Bankdienstleistungen in Anspruch genommen werden. Natürlich stehen auch die gewohnten Retail-Produkte der Post für die Kunden bereit. Seit Anfang dieses Jahres wird das neue Konzept auch in Niederösterreich schrittweise umgesetzt. Die erste gemeinsame Filiale, die feierlich beim Wiener Neustädter Bahnhof eröffnet wurde, dient dazu, Erfahrungen zu sammeln und das Konzept weiter zu verfeinern.

Bank mit durchgehender Öffnung am Samstag

"Durch den Betrieb unserer eigenen Filialen gemeinsam mit unserem Bankpartner, können wir diese nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch das Produkt- und Dienstleistungsangebot ausbauen und erweitern. Etwa bei den Öffnungszeiten. Somit wird es erstmals eine Bank geben, die flächendekkend in ganz Österreich auch am Samstag geöffnet hat. Das ist für uns ein großer Sprung vorwärts was Kundennähe und Dienstleistung

bedeutet. In Wiener Neustadt und den übrigen Standorten, die wir bereits gemeinsam betreiben, sieht man ganz deutlich, dass unsere Kunden die neuen Möglichkeiten begeistert annehmen", ist Post-Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz überzeugt.

Insgesamt mehr als 100 Mal werden bis Ende 2012 die Post und die BAWAG P.S.K. in Niederösterreich unter ein Dach gezogen sein. Dazu werden noch weitere 400 Post Partner kommen, die das Netz an Post-Geschäftsstellen verdichten und natürlich auch weiterhin verschiedenste Basis-Finanzdienstleistungen, wie etwa Sparverkehr oder Überweisungen, anbieten. "Die Post wird in Niederösterreich durch unser neues Konzept besser und öfter vertreten sein, denn je. Dank dieses neuen und vor allem zukunftssicherem Konzepts wird die Zahl der Geschäftsstellen von derzeit 464 auf rund 500 steigen", so Götz abschließend.



Vor allem in ländlichen Regionen ist es durch die gemeinsame Präsenz der BAWAG P.S.K. und der Post in einer Filiale möglich, weiterhin vor Ort vertreten zu sein



Ш Ш



WIR FINANZIEREN NICHT NUR SCHULEN. WIR ERRICHTEN SIE AUCH.

Leasing für die öffentliche Hand – Entwicklung, Finanzierung und Baumanagement aus einer erfahrenen Hand. Ob Schule oder Lagerhalle, Feuerwehrhaus oder Heim, wir unterstützen Ihre Gemeindepläne mit unserem Know-how von der ersten Idee bis zur Schlüsselübergabe. Die Zahlen sprechen für sich: Bisher wurden

rund 200 Immobilien mit einem Projektvolumen von weit über 1 Milliarde Euro finanziert und zum Teil auch als Generalunternehmer abgewickelt. Wie jüngst das NÖ Kriminalamt, das Donauklinikum Tulln, die Landesberufsschule Pöchlarn, der Campus Krems und die HTL Mistelbach. Gemeinsam entwickeln und steigern wir Werte.



"Vernetze dich in Niederösterreich!"

HYPO NOE Gruppe und gemdat NÖ vernetzen Niederösterreichs Gemeinden

Die Kulturfabrik Hainburg ist nicht nur einer der drei Schauplätze der NÖ Landesausstellung 2011, sondern war auch Treffpunkt für Bürgermeister, Gemeindevertreter, Vertreter des Landes NÖ sowie Gäste aus Politik, Finanz und Wirtschaft. Das Motto des Tages: "Vernetze dich in Niederösterreich!" Getreu dem Titel der diesjährigen Landesausstellung "Erobern – Entdecken – Erleben" konnten die rund 70 Gäste die ausgestellten Exponate römischer Zeitgeschichte anlässlich der Führung durch die Ausstellung bewundern.

HYPO NOE-Generaldirektor Peter Harold begrüßte die anwesenden Gemeindevertreter und Funktionäre des Landes. "Bei Gemeindefinanzierungen – insbesondere bei Leasingfinanzierungen – ist die HYPO NOE Gruppe bei innovativen Sondermodellen führend. In unserer Public Finance-Abteilung unter der Leitung von Wolfgang Viehauser werden maßgeschneiderte Kommunal-Finanzierungsmodelle entwickelt und erfolgreich umgesetzt", so Harold.

gemdat-Geschäftsführer Franz Mandl: "Die gemdat bietet die effektive Informationstechnologie für Gemeinden, damit diese effizient ihre Verwaltung abwickeln können. Immer 'up to date' zu sein ist daher Grundvoraussetzung. Ein guter Draht zum Land NÖ sowie zu den Finanzierungspartnern zeichnet uns aus."

Bei Podiumsgesprächen thematisierten Harold und Mandl sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, Gemeindeabteilungsleiterin Anna-Margaretha Sturm, GVV-Vizepräsident Johannes Pressl, SP-GVV-Chef Rupert Dworak und Landtagsab-



Rund 100 Bürgermeister und Gemeindevertreter kamen zu der Networking-Veranstaltung. Im Bild: HYPO NOE-Generaldirektor Peter Harold, Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, GVV-Vizepräsident Johannes Pressl und der Leiter der Abteilung Public Finance-Austria der HYPO NOE Gruppe, Wolfgang Viehauser.

geordneter Martin Michalitsch die aktuelle wirtschaftliche Situation sowie Möglichkeiten und Perspektiven der Gemeinden.

Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka erläuterte den Reiz der Kommunalpolitik: "Die Gemeindevertreter engagieren sich in ihrem unmittelbaren Lebensbereich für ihre Bürger, lösen Probleme und gestalten ganz aktiv das Gemeindeleben mit. Direkter Kontakt mit den Bürgern ist enorm wichtig und stärkt das Vertrauen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir als Land Niederösterreich daran arbeiten, noch nachhaltiger zu agieren." Weiters plädierte Sobotka für die hohe Eigenverantwortung und Autonomie der Gemeinden durch die Nutzung von Synergien und zukunftsweisenden Kooperationsformen.

Eröffnung des Gemeindezentrums Eichgraben

In rund einjähriger Bauzeit wurde in der Marktgemeinde Eichgraben ein innovatives Gemeindezentrum errichtet und am 7. Mai von Landeshauptmann Erwin Pröll eröffnet. Bürgermeister Martin Michalitsch hob in seiner Eröffnungsrede das "All-inclusive-Leasing-Erfolgsmodell" der HYPO NOE Gruppe mit einer Kosten-und Energiegarantie hervor: "Durch die enge Zusammenarbeit der Gemeinde mit den Experten der bankinternen Public Finance-Abteilung und der HYPO NOE Leasing wurden die wichtigsten Meilensteine in der Prozesskette quasi "von einer Hand" abgedeckt.

Impressum:

Herausgeber: Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Mag. Christian Schneider

Anzeigenverkauf:

Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010 Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 77

Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss

Thomas Hausner, Tel.: 01/532 23 88-25, E-Mail: thomas.hausner@kommunal.at **DTP:** Österreichischer Kommunal-Verlag, Stefan Hecke, stefan.hecke@kommunal.at

Fotos: Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), Buenos Dias/photos.com

Hersteller: Leykam Druck, 7201 Neudörfl **Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institu-

Dieses "Fachjournal für Kommunalpolitik" erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

Mit "E.E." gezeichnete Artikel sind bezahlte Informationen.

Projekt "Communal Audit" in Amstetten

Rückblick auf den Gemeinde-Gebührenvergleich

Nach dem Gemeinde-Gebührenvergleich des vergangenen Jahres laden auch heuer die Gemeindevertreterverbände der ÖVP und der SPÖ im Bezirk Amstetten zu einem Erfahrungsaustausch. Weiters wird das so genannte Communal Audit vorgestellt, mit dem auch weitere Bereiche der Gemeinden durchleuchtet werden können.

Aus dieser weitergehenden Analyse sollten dann Ansätze für Kooperationen abgeleitet werden können, die in den Kleinregionen umgesetzt werden können.

Informationen

Bgm. Johannes Pressl Tel.: 0676/604 77 28 buergermeister@ardagger.gv.at

Am Puls der Zeit

Neues Buch über das Industrieviertel

Das "Viertel unter dem Wienerwald" – so wurde das heutige Industrieviertel lange Zeit genannt – ist wie kaum eine andere Region Niederösterreichs so stark von landschaftlichen Gegensätzen, ökonomischen Umbrüchen und damit einhergehend gesellschaftlichen Entwicklungen und einer enormen kulturellen Entfaltung geprägt.

Das Werk präsentiert zum einen die landwirtschaftliche Vielfalt des Industrieviertels von der Donau zum Wiener Becken, die Weinlandschaft zwischen Carnuntum und Thermenlinie sowie die Berglandschaften des Wienerwaldes, der Buckligen Welt und der Alpen, und widmet sich zum anderen seiner Geschichte: der römischen Hochkultur, der mittelalterlichen Stadt- und Burgbefestigungen, den bäuerliche Lebenswelten und der Entwicklung der Industrie bis zum Forschungspool. Land und Leute, Wirtschaftsgeschichte und Zeitgeschichte, Volkskultur und Kulturschätze, Sommerfrische und Theaterwelten - 21 Kapitel porträtieren das Industrieviertel in seiner Mannigfaltig-



Bestellung:

Volkskultur Niederösterreich Tel.: 02275/4660

Das Buch ist auch in der Galerie der Regionen im Haus der Regionen in Krems-Stein unter 02732/850 15 15 erhältlich. Preis 29,70 Euro

Natürliche Wärme lässt auch Ihren Gewinn wachsen. Der Business Tarif Wärmepumpe MEGA.



Mit einer Wärmepumpe nutzen Sie Wärme aus der Natur kostengünstig und effizient. Noch klimafreundlicher geht's mit unserem umweltfreundlichen Strom. Dank des günstigen Business Strom Tarifs Wärmepumpe MEGA wächst am Ende sogar der Gewinn Ihres Unternehmens.



UNSERE KRAFT FÜR SIE.

www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

